

Zeitschrift: Wasser Energie Luft = Eau énergie air = Acqua energia aria
Herausgeber: Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
Band: 102 (2010)
Heft: 1

Artikel: Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft : ein breit abgestütztes Meinungsbild
Autor: Schaffner, Monika / Pfaundler, Martin / Aschwanden, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-941643>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft

Ein breit abgestütztes Meinungsbild*

Monika Schaffner, Martin Pfandl, Hugo Aschwanden

Zusammenfassung

Die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wasserwirtschaft verändern sich. Neben gesetzgeberischen Initiativen auf Stufe Bund ist insbesondere in den Kantonen eine beträchtliche Anzahl Aktivitäten festzustellen. Um der Frage nachzugehen, ob und wie die Schweizer Wasserwirtschaft auf diese Entwicklungen reagieren soll, wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Analysen und Expertenberichten verfasst. Als Zusammenfassung dieser Studien legte das Bundesamt für Umwelt (BAFU) 28 Thesen zu Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft vor, die es mit einer Umfrage den massgebenden Akteuren zur Stellungnahme unterbreitete. Ziel der Umfrage war es, ein breit abgestütztes Meinungsbild aus dem Kreise der Schweizer Wasserakteure zu gewinnen. Der vorliegende Artikel fasst die Thesen sowie die Ergebnisse der Umfrage zusammen und zeigt auf, wie die Resultate in die zukünftigen Aktivitäten zur Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft einfließen.

Abstracts

The framework of water resources management in Switzerland is undergoing changes. Apart from legislative initiatives on the national level, a number of activities are underway, particularly in the cantons. During the past years, a series of analyses and expert studies have been investigating the question of whether and how Swiss water resources management should react to the current developments. As a synthesis of these studies, the Swiss Federal Office for the Environment (FOEN) formulated 28 theses on the state and future of Swiss water resources management and presented these to the concerned stakeholders, asking them for their point of view. The aim of the survey was to attain a broadly supported, representative opinion on the issue. The current article summarizes the theses as well as the results of the survey, and illustrates how these results will be integrated into the further development of Swiss water resources management.

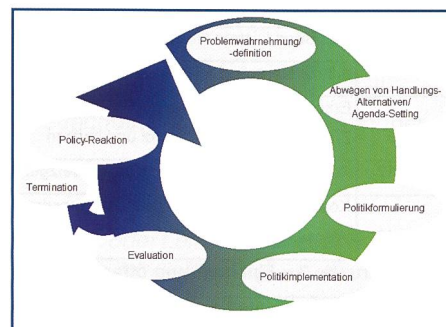


Bild 1. Idealisiertes Verlaufsschema eines Policy-Zyklus.

oder Weiterentwicklung bedarf [3, 4, 5]. Als Zusammenfassung dieser Studien wurden in einer Auslegeordnung Thesen zu Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft formuliert [6]. Die Auslegeordnung gibt eine Übersicht über die laufenden Aktivitäten, Trends und Entwicklungen und orientiert sich dabei an Themen, welche heute und in der Zukunft als wichtigste Herausforderungen im Bereich Wasser und Gewässer angesehen werden. Der Bericht wurde anschliessend in einer Umfrage einem breiten Akteurskreis der Schweizer Wasserwirtschaft zur Stellungnahme unterbreitet. Das Ziel dieser Umfrage war es, Einschätzungen und Kommentare der Fachwelt zu den formulierten Thesen zu erhalten und aus deren Auswertung ein breit abgestütztes Meinungsbild der massgebenden Akteursgruppen zu gewinnen.

Die Auslegeordnung mit den Thesen [6] und die Auswertung der Umfrage [7] schliessen die Phase der Problemwahrnehmung und -definition im idealisierten Verlaufsschema eines Policy-Zyklus ab (siehe Bild 1).

Der vorliegende Artikel fasst die Thesen sowie die Ergebnisse der Umfrage zusammen und zeigt auf, wie die Resultate in die zukünftigen Aktivitäten zur Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft

1. Einleitung

Die Schweizer Wasserwirtschaft und die Wassergesetzgebung wurden letztmals 1980 systematisch und umfassend evaluiert [1]. Anfang der 1990er-Jahre traten die Revisionen des Gewässerschutz- und des Wasserbaugesetzes und 1998 die entsprechenden Verordnungen in Kraft. Aktuell sind in der Schweizer Wasserwirtschaft verschiedene Entwicklungen im Gange. Neben gesetzgeberischen Initiativen auf Stufe Bund ist insbesondere in den Kantonen eine beträchtliche Anzahl Aktivitäten festzustellen. Auch im inter-

nationalen Kontext sieht sich die Schweiz mit Empfehlungen konfrontiert, welche auf eine integrale Bewirtschaftung der Wasserressourcen hinzielen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen, der aktuellen Rahmenbedingungen und der zukünftigen Herausforderungen ist die Zeit heute reif für eine Standortbestimmung.

In den vergangenen Jahren wurden durch das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und die Wasser-Agenda 21 [2] eine Reihe von Analysen und Expertenberichten zu der Frage erstellt, ob und in welcher Weise die Wasserwirtschaft einer Veränderung

* Erste Erscheinung in der Fachzeitschrift SSIGE gwa, Ausgabe 9/09.

| These | Thesentitel | Ja | Nein | k.A. |
|---|---|-----|------|------|
| Thesengruppe 0 – Generelles | | | | |
| These 1 | Bedarf einer neuen Strategie Wasserwirtschaft Schweiz | 82% | 11% | 7% |
| These 2 | Vorreiterrolle einzelner Kantone | 72% | 10% | 18% |
| These 3 | Wasser-Agenda 21 als Plattform für den Strategieprozess | 54% | 23% | 23% |
| These 20 | Haupt Herausforderungen für die Schweizerische Wasserwirtschaft | 79% | 12% | 9% |
| Thesengruppe 1 – Knappheitsprobleme | | | | |
| These 22 | Klimaänderung als Verstärkung der Problemfelder | 83% | 8% | 9% |
| These 24 | Zuspitzung der Nutzungs- und Interessenskonflikte | 83% | 9% | 8% |
| These 25 | Klimabedingte Knappheit erfordert mengenmässige Wasserbewirtschaftung | 72% | 19% | 9% |
| Thesengruppe 2 – Gesetzliche Aspekte | | | | |
| These 4 | Aktuelle und zukünftige Herausforderungen verlangen ein Überdenken der Rollenverteilung | 72% | 20% | 8% |
| | 4.1: Alleinige Angelegenheit zwischen Gemeinden und Kantonen | 25% | 63% | 12% |
| | 4.2: Bund leistete Hilfestellungen (Empfehlungen, finanzielle Anreize) | 82% | 10% | 8% |
| | 4.3: Entsprechende Anpassungen in der Bundesgesetzgebung | 56% | 28% | 16% |
| These 5 | Erschwerte Güterabwägung/Prioritätensetzung wegen unterschiedlichen Zuständigkeiten für Schutz und Nutzen | 75% | 14% | 11% |
| These 17 | Zweckmässige Anpassung der Gesetzgebung | 72% | 19% | 9% |
| These 19 | Konzeptioneller Einfluss der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf die Schweizer Wasserwirtschaft | 59% | 19% | 22% |
| Thesengruppe 3 – Finanzierung öffentlicher Leistungen | | | | |
| These 9 | Regionale Ansätze zur Steigerung der Professionalität angesichts wachsender Anforderungen und als Antwort auf den Kostendruck | | | |
| | 9.1: Rahmenbedingungen schaffen, um entsprechende organisatorisch-institutionelle Lösungsansätze zu fördern | 84% | 4% | 12% |
| | 9.2: Gefahren der Regionalisierung (lokale Verankerung) überwiegen Chancen | 33% | 50% | 17% |
| These 11 | Chancen für neue Ansätze bei Erhalt und Sanierung der Infrastrukturen | 81% | 8% | 11% |
| These 27 | Hochwasserschutz – Sanierung der Korrektionswerke | 87% | 2% | 11% |
| Thesengruppe 4 – Organisatorische Mängel | | | | |
| These 6 | Räumliche und sektorenübergreifende Optik von Kantonen und Gemeinden für optimalen Finanzmitteleinsatz | 88% | 3% | 9% |
| These 8 | Mangelnder Informationsfluss zwischen Praxis und strategischer Ebene | 63% | 20% | 17% |
| These 10 | Institutionelle Anpassungen wegen veränderter Rahmenbedingungen der Finanzflüsse | 49% | 16% | 35% |
| These 23 | Strukturelle Anpassungen als Antwort auf die Herausforderungen im Gewässerschutz, in der Siedlungswasserwirtschaft und in der Trinkwasserversorgung | 77% | 7% | 16% |
| These 28 | Hochwasserschutz – Regionale Vorhersagezentren | 66% | 8% | 26% |
| Thesengruppe 5 – Unzulänglichkeit der Instrumente | | | | |
| These 7 | Forcierung von Einzugsgebiet bezogenen Monitoringkonzepten | 80% | 9% | 11% |
| These 16 | Kriterien für einen zweckmässigen Bewirtschaftungs- und Steuerungsmechanismus | 72% | 12% | 16% |
| These 18 | Verfahren und Instrumente für die Güterabwägung Schutz/Nutzung | 81% | 12% | 7% |
| These 21 | Zukünftige Herausforderungen verlangen nach Politikbereich übergreifender Abstimmung und geeigneten Instrumenten | 81% | 10% | 9% |
| These 26 | Hochwasserschutz – Sicherung des Raumbedarfs | 77% | 15% | 18% |
| Thesengruppe Integrales Einzugsgebietsmanagement (IEM) | | | | |
| These 12 | Förderung Integrales Einzugsgebietsmanagement – Differenzierte Anwendung | 87% | 6% | 7% |
| These 13 | Einzugsgebietsmanagement: Integraler Überbau – Sektorale Durchführung | 68% | 16% | 16% |
| These 14 | Integrales Einzugsgebietsmanagement: Stolpersteine und Risiken | 76% | 11% | 13% |
| These 15 | Integrales Einzugsgebietsmanagement: Entwicklung von Instrumenten | 72% | 12% | 16% |

Tabelle 1. Thesen zur Schweizer Wasserwirtschaft [6] mit den gemittelten Einstufungen der angefragten Fachwelt [7] (Ja = Einstufung 3 bis 4; Nein = Einstufung 1 bis 2; k.A. = keine Angabe; siehe auch Kapitel 3).

schaft einfließen. Kapitel 2 gibt einen Überblick über die einzelnen Thesen der Auslegeordnung. Die Auswertung der

Umfrage zu den Thesen sowie die daraus folgenden Haupterkenntnisse sind im Kapitel 3 dargelegt. Im Kapitel 4 werden zu

ausgewählten Thesen die Resultate detaillierter beleuchtet. Kapitel 5 präsentiert schliesslich die Schlussfolgerungen und gibt einen Ausblick.

2. Thesen zu Stand und Zukunft der Schweizer Wasserwirtschaft

In der Auslegeordnung zur Schweizer Wasserwirtschaft [6] wurden als Synthese der bis dahin verfassten Analysen und Expertenberichte [3, 4, 5] 28 Thesen formuliert. Diese wurden nach thematischen Aspekten zu 7 Thesengruppen zusammengefasst. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Thesen, nach den Thesengruppen geordnet. Die Thesen sind in [6] eingehend beschrieben, ausgewählte Thesen werden ausserdem in Kapitel 4 präsentiert.

3. Umfrage zu den Thesen

3.1 Methode

Für die Umfrage wurden VertreterInnen der Verwaltung (Bund, Kantone), Verbände und Forschungsstellen der einzelnen Sektoren der Schweizer Wasserwirtschaft sowie weiterer mitbetroffener raumwirksamer Bereiche angeschrieben. Sie wurden mittels eines Fragebogens aufgefordert, pro These eine Stellungnahme als Einstufung auf einer Skala von 0–4 anzugeben:

- 0: weiss nicht/keine Angabe (k.A.)
- 1: gar nicht einverstanden
- 2: eher nicht einverstanden
- 3: eher einverstanden
- 4: völlig einverstanden

Zur breiteren Abstützung der formulierten Thesen wurden die Akteure ausserdem eingeladen, sich in Form von Kommentaren zu äussern und ihre Erfahrungen, Kritik und Anregungen mitzuteilen.

3.2 Rücklauf und Auswertung

Von den rund 200 angefragten Akteuren sind insgesamt 130 Antworten eingegangen. Bild 2 zeigt die Verteilung der eingegangenen Fragebogen nach den verschiedenen Akteursgruppen (Bild 2l) und den Sektoren der Wasserwirtschaft sowie verwandter Bereiche (Bild 2r).

Tabelle 1 zeigt die gemittelten Stellungnahmen der angefragten Akteure zu den einzelnen Thesen, wobei die Einstufungen 3 und 4 als zustimmend («Ja») und die Einstufungen 1 und 2 als ablehnend («Nein») gewertet werden. Zu jeder der 28 Thesen sind ausserdem in [7] auf je einem Faktenblatt die Auswertung der Einstufungen, die wesentlichen Kommentare aus den Rückmeldungen und die daraus abgeleiteten Kernaussagen beleuchtet.

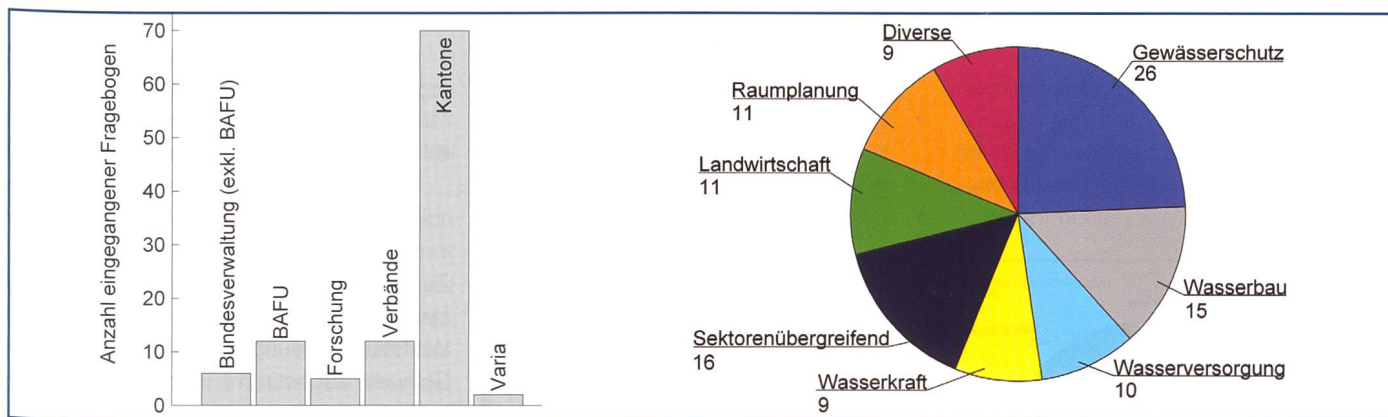


Bild 2. Eingegangene Fragebogen, sortiert nach Akteursgruppe (l) und Sektor (r).

Bedarf zur Überprüfung und Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft

Die Akteure sind sich einig: es gibt Veränderungen in der Schweizer Wasserwirtschaft und es braucht eine Strategie, wie mit diesen Entwicklungen umzugehen ist. Die Herausforderungen sind dabei räumlich differenziert zu betrachten und müssen sektorenübergreifend und mit geeigneten Instrumenten angegangen werden.

Der Bund soll eine (Führungs-)Rolle übernehmen

Der Bund soll koordinierend und unterstützend wirken, d.h., Empfehlungen, Rahmenbedingungen oder Leitlinien vorgeben; eventuell sind finanzielle Anreize hilfreich. Die wesentlichen Akteure sind dabei in einem entsprechenden Prozess einzubinden.

Die Rollenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen muss überdacht werden

Der Grad der Autonomie der Gemeinden (kleinräumige Strukturen) wird hinterfragt: Gewisse Bereiche sollen im Sinne einer Professionalisierung eher einer übergeordneten Ebene (Verbände, Regionen, Kantone) übertragen werden. Der Bund soll die Kantone und Gemeinden beim Überdenken ihrer Rollenverteilung unterstützen.

Die bestehende Gesetzgebung soll auf Zweckmässigkeit geprüft werden

Eine gesteigerte Kohärenz (Querbezüge zwischen Sektoren und zu anderen Politikbereichen) in den Gesetzen wird begrüsst. Sich bietende Möglichkeiten zu gesetzlichen Anpassungen sollen genutzt werden (primär bestehende Gesetze besser abstimmen, evtl. Rahmengesetz).

Integrales Einzugsgebietsmanagement IEM als «Instrument» wird stark befürwortet, soll aber differenziert angewendet werden

IEM wird als Instrument im Sinne einer integralen, regionalen Planung, die aber sektoral und lokal umgesetzt werden kann, gutgeheissen. Über Form der Förderung, der Ausgestaltung, der Rolle der Akteure und der Entwicklung von Instrumenten besteht noch Diskussionsbedarf. Vom Bund wird erwartet, dass er eine Führungsrolle übernimmt (d.h. Leitlinien setzt, Umsetzungshilfen zur Verfügung stellt, fördernde Rahmenbedingungen schafft). Bevor neue Instrumente entwickelt werden, soll geprüft werden, ob nicht bestehende benutzt oder angepasst werden können. Wichtig ist die Frage nach der sinnvollen Grösse und Abgrenzung des Einzugsgebietes: Je nach Fragestellung (Trinkwasserversorgung und Siedlungsentwässerung orientieren sich z.B. eher an wirtschaftlichen/politischen Strukturen als am hydrologischen Einzugsgebiet) und sozioökonomischen Rahmenbedingungen können auch Strukturen abweichend vom hydrologischen Einzugsgebiet sinnvoll sein. Massgebend sollen «funktionale» Räume und nicht politische Grenzen sein.

Verfahren und Instrumente zur Güterabwägung (Schutz und Nutzung) werden klar begrüsst

Primär sind bereits bestehende Instrumente auf Zweckmässigkeit zu prüfen, besser abzustimmen und allenfalls weiterzuentwickeln. Wichtig sind dabei eine räumliche und zeitliche Prioritätensetzung der divergierenden Schutz- und Nutzungsinteressen. Eine transparente Güterabwägung und Instrumente dazu sind Entscheidungshilfen, ersetzen aber die politischen Entscheide nicht. Wesentlich ist der politische Wille zur Umsetzung auf allen Ebenen.

Heute steht die Optimierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur im Vordergrund

Optimierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur heisst Effizienzsteigerung (bezogen auf Zielerfüllung und Kosten), und zwar durch eine je nach Aufgabenstellung zweckmässige und zielorientierte Regionalisierung. Neue regionale anstatt kommunale und kleinräumige Strukturen führen zu professionelleren und auch wirtschaftlicheren Lösungen. Zudem können mit einem geänderten Systemblick auch neuere, bessere Lösungen resultieren. Neue Ansätze zur Finanzierung sind zu überprüfen, wobei Fondslösungen und sektorübergreifende Finanzierung kritisch kommentiert werden. Investitionsbedarf wird speziell für den Hochwasserschutz gesehen.

Abstimmung der Wasserwirtschaft mit anderen raumwirksamen Bereichen verstärken

Bei integralen Ansätzen ist bereits in der Planung die enge Verknüpfung von Wasserwirtschaft, Landmanagement (Landwirtschaft, Siedlungspolitik/Raumordnung) und Energiepolitik zu berücksichtigen.

Bild 3. Haupterkenntnisse aus den Thesen und der Umfrage.

3.3 Generelles Meinungsbild und Haupterkenntnisse

Die angeschriebenen Fachkreise zeigen grosses Interesse an der Auslegeordnung der Thesen und befürworten diese im Grundtenor. Folgendes generelles Meinungsbild ergibt sich aus der Umfrage:

- Die grosse Anzahl Rückmeldungen bzw. hohe Rücklaufquote weist auf ein breites Interesse hin.
- Die Akteure haben die Möglichkeit zur Stellungnahme ausdrücklich begrüsst.
- Die generelle Zustimmung zu den The-

sen ist gross, was sich im hohen Mittelwert der Einstufungen widerspiegelt (Tabelle 1): Bei fast allen Thesen bewegt sich dieser zwischen 3 und 4.

- Ausführliche Kommentare von vielen Akteuren, teils mit divergierenden Ansichten, weisen auf eine kritisch engagierte Einstellung zu den Thesen hin.

Zusammenfassend lässt sich aus der Umfrage ableiten, dass dem Bedarf für eine Weiterentwicklung der Wasserwirtschaft Schweiz zugestimmt wird. Die Haupterkenntnisse aus den Thesen und der Umfrage sind in Bild 3 zusammengefasst.

4. Resultate zu ausgewählten Thesen

Im Folgenden werden die Umfrageresultate ausgewählter Thesen beleuchtet. Es sind dies die Thesen zum generellen Handlungsbedarf der Wasserwirtschaft Schweiz (These 1), zur Rollenverteilung zwischen den verschiedenen Staatsebenen (These 4), zur Regionalisierung der Wasserwirtschaft (These 9) und zur Notwendigkeit einer gesetzlichen Anpassung (These 17). Die Thesen zum Integralen Einzugsgebietsmanagement (Thesen 12 bis 15) sind in [8] vorgestellt worden.

These 1 – Bedarf einer neuen Strategie Wasserwirtschaft Schweiz

Die Wasserwirtschaft in der Schweiz ist in Bewegung geraten. Sie braucht deshalb eine neue Strategie. Aufgrund seiner ge-

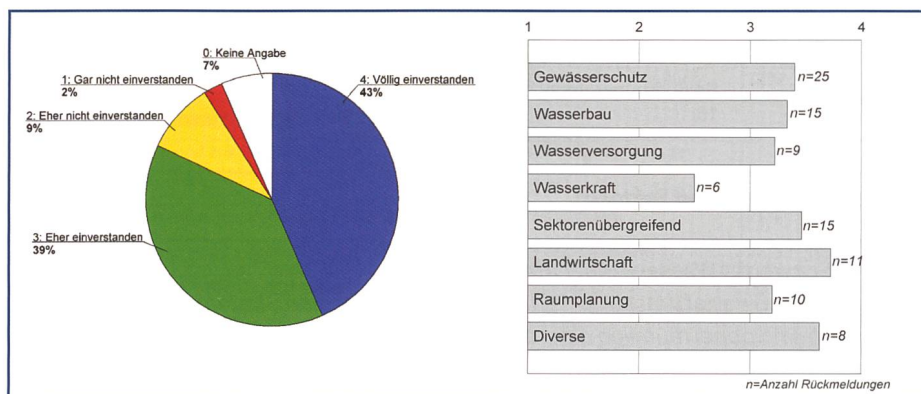


Bild 4. Einstufungen zur These 1.

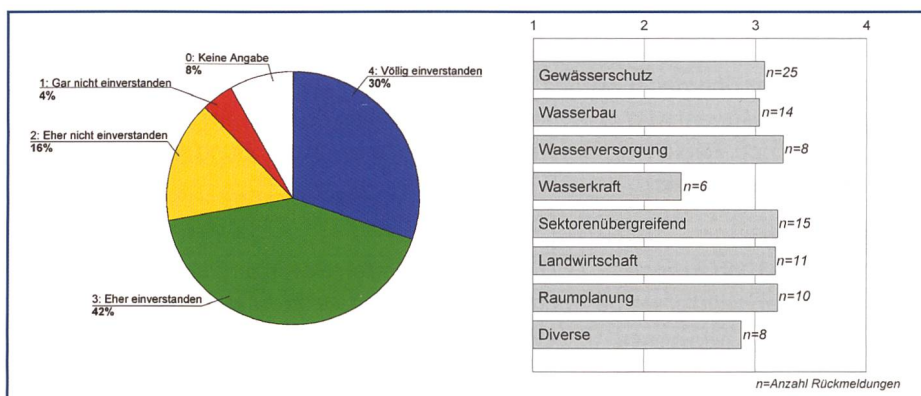


Bild 5. Einstufungen zur These 4.

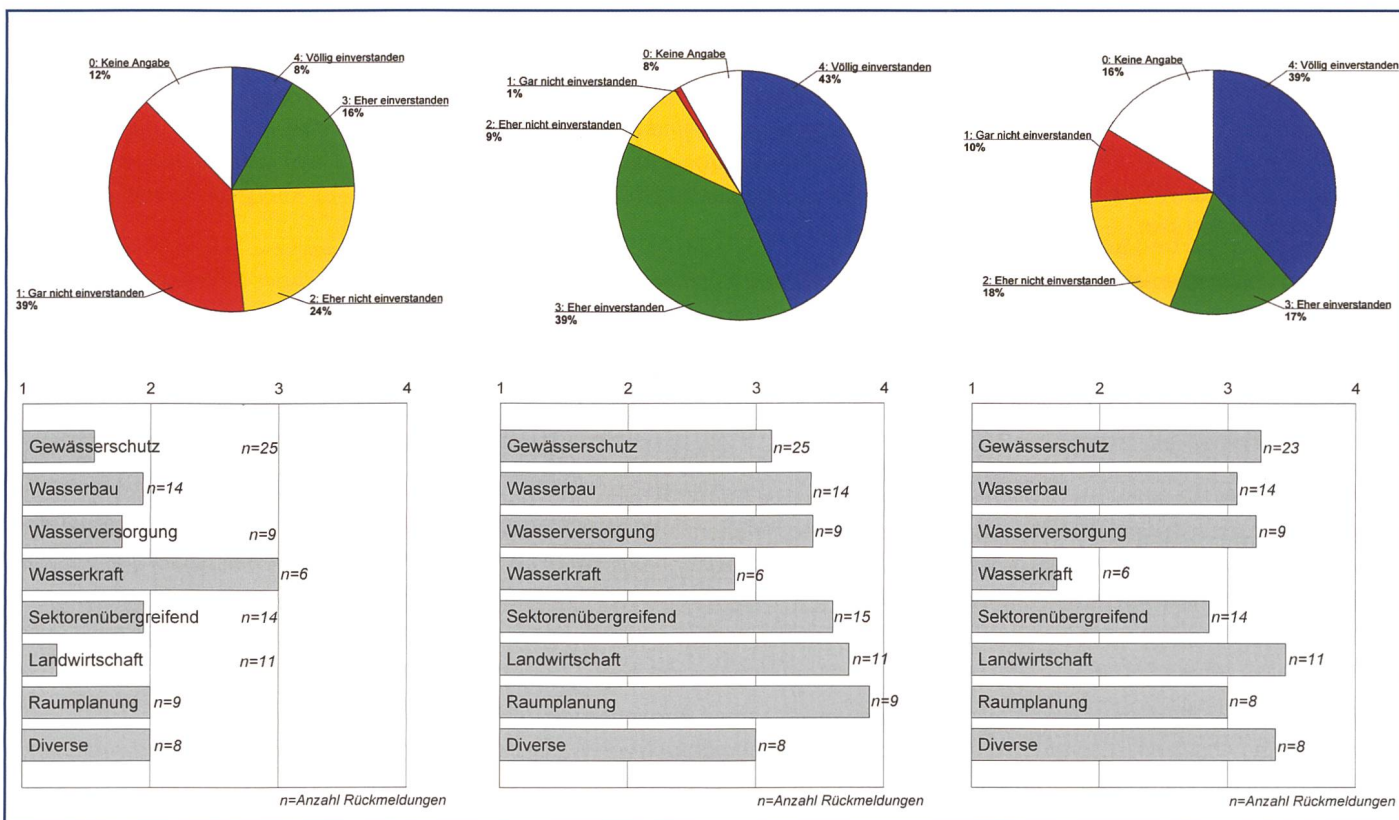


Bild 6. Einstufungen zu den Unterthesen 4.1 (links), 4.2 (Mitte) und 4.3 (rechts).

setzlichen Legitimation ist der Bund besonders gefordert.

Die These 1 ist die «Ausgangsthe-
these» und stellt den generellen Hand-
lungsbedarf der Schweizer Wasserwirt-
schaft zur Diskussion.

Sie erhält eine ausserordentlich
hohe Zustimmung (*Bild 4*): insgesamt
82% der angefragten Akteure stimmen
der These zu, wobei 39% der Akteure eher
einverstanden sind, 43% sogar sehr ein-
verstanden sind. Eine Ausnahme bildet der
Wasserkraftssektor, welcher sich mit einer
durchschnittlichen Einstufung von 2.5. kri-
tisch äussert. Die Akteure sind sich also
darüber einig, dass es Veränderungen in
der Schweizer Wasserwirtschaft gibt und
dass es eine Strategie braucht, wie mit
diesen Entwicklungen umzugehen ist. Der
Bund habe dabei die Führungsrolle einzu-
nehmen (koordinierende, übergeordnete
Steuerung).

These 4 – Aktuelle und zukünftige Herausforderungen verlangen ein Über- denken der Rollenverteilung

Die in der Bundesverfassung vorgegebene
Kompetenz- und Rollenverteilung zwischen
den staatlichen Ebenen wird als Stärke
betrachtet. Dies ermöglicht damit grund-
sätzlich ein System hoher Anpassungsfä-
higkeit. Der Preis dieser Flexibilität ist eine
zum Teil geringe Übersichtlichkeit und auf-
wändige Prozesse bei der Güterabwägung.
Der Grad der den Gemeinden gewährten
Autonomie durch den Kanton ist zu hinter-
fragen und allenfalls anzupassen. Dies ist
im Rahmen der bestehenden verfassungs-
mässigen Rechtsetzung möglich.

Unterthese 4.1. Das Überdenken
der Rollenverteilung soll ohne Zutun auf
Stufe Bund den Kantonen und den Ge-
meinden überlassen werden.

Unterthese 4.2 Der Bund soll für
eine angepasste Rollenverteilung Hilfe-
stellung leisten (Leitbild, Empfehlungen
usw.) und Anreize schaffen (finanzielle
Beiträge).

Unterthese 4.3 Für eine ange-
passte Rollenverteilung soll durch eine
entsprechende Bundesgesetzgebung ein
einheitliches Vorgehen gewährleistet und
Nachdruck geschaffen werden.

Die These 4 befasst sich mit der
Frage, ob und wie die bestehende Kom-
petenz- und Rollenverteilung zwischen
den staatlichen Ebenen überdacht werden
soll. Die Unterthesen 4.1 bis 4.3 erfragen
die Art und Weise, wie diese Rollenvertei-
lung überdacht werden soll. Dabei wird
das Spektrum der Rolle des Bundes beim
Überdenken der Rollenverteilung aufge-
spannt: Unterthese 4.1 schlägt ein Über-

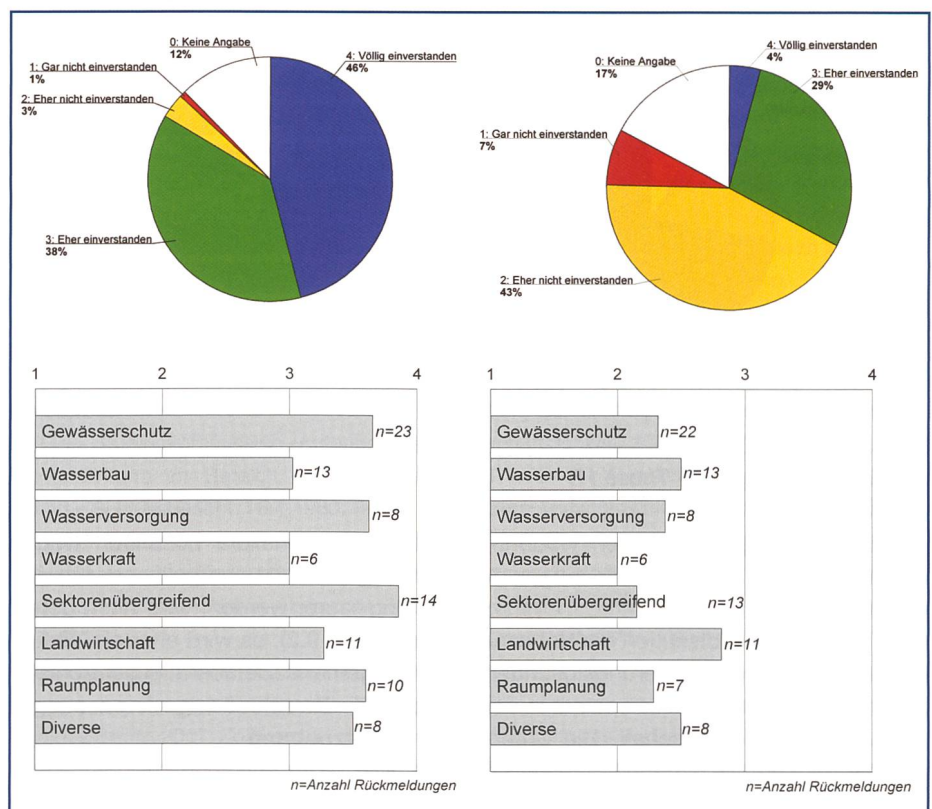


Bild 7. Einstufungen zu den Unterthesen 9.1 (links) und 9.2 (rechts).

denken ohne Zutun Bund vor; Unterthese
4.2 sieht eine unterstützende Rolle des
Bundes; Unterthese 4.3 möchte durch eine
Anpassung der Bundesgesetzgebung ein
einheitliches Vorgehen gewährleisten.

Der Hauptthese wird zu über 70%
zugestimmt (*Bild 5*). Die Akteure sind sich
also einig, dass die heutige Rollenvertei-
lung zwischen Gemeinden und Kantonen
(Grad der Gemeindeautonomie, kleinräu-
mige Strukturen) überdacht werden soll. Die
Rollenverteilung zwischen Bund und
Kantonen hingegen wird nicht in Frage
gestellt.

Aus der Gegenüberstellung der
Einstufungen zu den Unterthesen 4.1 und
4.2 (*Bild 6*) zeigt sich klar, in welche Rich-
tung eine Anpassung der Rollenverteilung
gehen soll: Während die Unterthese 4.1
vom überwiegenden Anteil der Akteure
abgelehnt wird (63%), stimmen demge-
genüber 82% der Akteure der Unterthese
4.2 zu. Weniger deutlich ist die Rückmel-
dung zur Unterthese 4.3: Zwar stimmen
knapp 40% der Rückmelder «völlig zu»,
der Anteil Ablehnung ist jedoch ebenfalls
hoch (28%).

Der spiegelbildliche Vergleich zwi-
schen Unterthese 4.1 und 4.2 bringt den
Wunsch einer Mehrheit der Akteure zum
Ausdruck, dass der Bund beim Überden-
ken der Rollenverteilung Hilfestellung lei-
sten soll, und dies nicht den Kantonen und
Gemeinden alleine überlassen werden

soll. Die überwiegende Zahl der Akteure
sieht diese Rolle in der Form von Hilfestel-
lungen wie Empfehlungen, Leitbilder oder
eventuell finanziellen Anreizen (Unterthese
4.2), gut die Hälfte der Akteure sehen sogar
die weitergehende Rolle einer (sorgfältig
geprüften) Anpassung der Bundesgesetz-
gebung in Richtung einheitliches Vorgehen
(Unterthese 4.3).

These 9 – Regionale Ansätze zur Stei- gerung der Professionalität angesichts wachsender Anforderungen und als Antwort auf den Kostendruck

Unterthese 9.1. Wegen höherer Anforde-
rungen und komplexerer Systeme sowie
aus Gründen des Kostendrucks (Finan-
zierung, Werterhalt, Leistungs- und Ko-
stenkontrolle) und zur Steigerung der
Professionalität und Qualität der Aufga-
benerfüllung werden für die Schweizer
Wasserwirtschaft sinnvolle Regionalisie-
rungslösungen an Bedeutung gewinnen.
Regionalisierung schliesst vor allem orga-
nisatorisch-institutionelle, aber auch finan-
zielle und sektorenübergreifende Aspekte
mit ein. Entsprechend sind Rahmenbedin-
gungen zur Förderung dieses Ansatzes zu
schaffen.

Unterthese 9.2 Durch Regiona-
lisierungslösungen mit entsprechender
Professionalisierung läuft man Gefahr,
bislang unentgeltliche Arbeitsleistungen
und Engagement in Form von Volontariat
zu verlieren und mit entsprechenden Kapi-

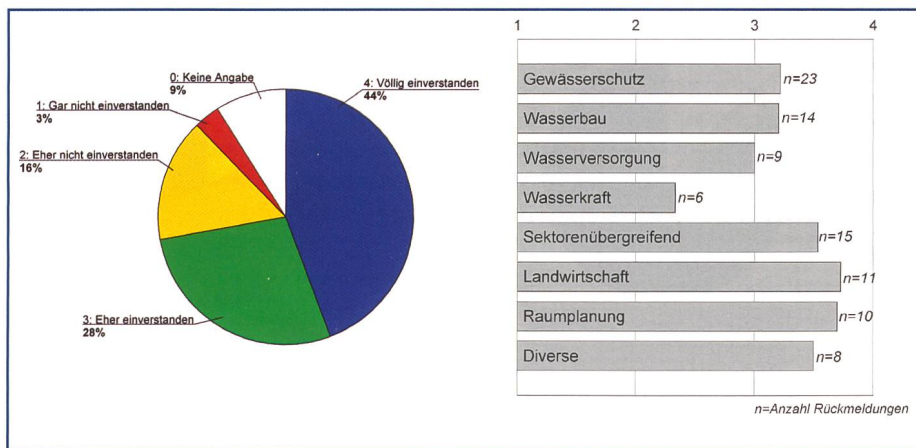


Bild 8. Einstufungen zur These 17.

talkosten auffangen zu müssen, wodurch allfällige positive Skaleneffekte aufgewogen werden.

Die These 9 diskutiert die Notwendigkeit von Regionalisierungslösungen zur Steigerung der Professionalität in der Schweizer Wasserwirtschaft. Die Unterthese 9.1 erwägt die generelle Bedeutung von sinnvollen Regionalisierungen für die Schweiz, die Unterthese 9.2. legt die Befürchtung dar, durch Regionalisierungslösungen unentgeltliche Arbeitsleistung und Engagement zu verlieren und dadurch allfällige positive Skaleneffekte aufzuheben.

Die Auswertung zeigt divergierende Stellungnahmen (Bild 7): Während der Unterthese 9.1 vom überwiegenden Anteil der Akteure (84%) zugestimmt wird, zwar mit Vorbehalten von Seiten des Wasserbaus und der Wasserkraft, erhält die Unterthese 9.2 einen im Vergleich mit den anderen Thesen sehr grossen Anteil Ablehnung (50%), insbesondere von der Wasserkraft und den sektorenübergreifenden Akteuren.

Es besteht also eine hohe Zustimmung, dass neue regionale anstatt kommunale und kleinräumige Strukturen eine Lösung sind, um die Herausforderungen (inklusive den Kostendruck) zu bewältigen (Unterthese 9.1). Dies führt zu professionelleren und auch wirtschaftlicheren Lösungen. Es gibt in der Schweizer Wasserwirtschaft bereits Tendenzen in diese Richtung. Der Begriff «regional» muss sich aber nicht gezwungenermassen am hydrologischen Einzugsgebiet orientieren, sondern kann sich, insbesondere im Fall der Wasserversorgung und -entsorgung, auch auf wirtschaftliche und politische Strukturen beziehen. Eine zeitgemässe Wasserwirtschaft kann nicht mehr in der erforderlichen Qualität im Volontariat unterhalten werden. Dies bedeutet aber, dass entsprechende Strukturen geschaffen werden müssen. Die Befürchtung,

dass professionellere Lösungen wegen des Wegfalls von unentgeltlicher Arbeitsleistung teurer werden, wird nicht geteilt (Unterthese 9.2), es wird eher ein Verlust der Bürgernähe (Demokratie) befürchtet.

These 17 – Zweckmässige Anpassung der Gesetzgebung

Das Thema «Anpassung der Gesetzgebung» ist politisch schon auf dem Tisch. Diese Chance ist zu nutzen und die Gesetzgebung zu revidieren. Dabei sind verschiedene Varianten für eine gesteigerte Kohärenz des legislativen Regimes (gegenseitige Abstimmung der Sektoralgesetze, Bündelung in einem Wasserwirtschaftsgesetz, übergeordnetes Wasserrahmengesetz) auf Zweckmässigkeit zu prüfen.

Die These 17 befasst sich mit der Frage, ob die bestehende Gesetzgebung angepasst werden müsste, um eine gesteigerten Kohärenz der wasserwirtschaftlich relevanten sektoralen Gesetze (Querbezüge zwischen Sektoren und zu anderen Politikbereichen) zu erreichen. Eine solche gesteigerte Kohärenz in den Gesetzen wird ausdrücklich begrüsst (72% Zustimmung), und zwar besonders von den Akteuren ausserhalb der Wasserwirtschaft (Landwirtschaft, Raumplanung), jedoch mit Zurückhaltung von der Wasserkraft (Bild 8).

Entsprechende, sich bietende Möglichkeiten zu einer Anpassung der Gesetzgebung sollen also genutzt werden. Aus einzelnen Kommentaren lässt sich die Tendenz zur Unterstützung der ersten und dritten der in der These aufgeführten gesetzgeberischen Varianten erkennen: Primär sollen die bereits bestehenden Gesetze auf Zweckmässigkeit geprüft und besser abgestimmt werden; eventuell könnte auch ein Rahmengesetz hilfreich sein; eine Bündelung in einem neuen Gesetz hingegen wird eher nicht befürwortet.

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

Das Ziel der Umfrage, ein breit abgestütztes Meinungsbild und eine geschärfte Problemwahrnehmung aus dem Kreise der Schweizer Wasserakteure zu gewinnen, wurde nicht zuletzt dank den ausführlichen Kommentaren in den Rückmeldungen erreicht. Die Einstufungen sowie die Fülle an differenzierten und konstruktiven Kommentaren stellen eine Ergänzung und Bereicherung der Auslegeordnung zur Schweizer Wasserwirtschaft als Basis für die weiteren Aktivitäten dar. Mit der Auswertung der Umfrage ist die Phase der Problemwahrnehmung/-definition im Policy-Zyklus (Bild) zur Schweizer Wasserwirtschaft abgeschlossen. Die von der Fachwelt als wesentlich erachteten Probleme und Herausforderungen liegen auf dem Tisch.

Auf den Resultaten und Hauptkenntnissen dieser Analysen aufbauend geht es nun darum, Handlungsoptionen abzuwägen und zu entwickeln, um die identifizierten Herausforderungen zu bewältigen (Phase 2 im Policy-Zyklus, siehe Bild 1). Dabei ist ein geeigneter Einbezug der massgebenden wasserwirtschaftlichen Akteure wichtig. Folgende Hauptaktivitäten lassen sich zusammenfassen:

5.1 Handlungsoptionen für die Schweizer Wasserwirtschaft

In einem nächsten Schritt werden Gestaltungsvorschläge erarbeitet, wie die Schweizer Wasserwirtschaft institutionell-organisatorisch für die erkannten Probleme und zukünftigen Herausforderungen anzupassen und weiterzuentwickeln ist. In einer bereits in Auftrag gegebenen Studie sollen dazu geeignete Handlungsoptionen aufgezeigt und evaluiert werden.

5.2 Integrales Einzugsgebietsmanagement

Die vorliegenden Ergebnisse geben wertvolle Hinweise für die von mehreren Seiten geforderten Anstrengungen, den Ansatz des Einzugsgebietsmanagements zur Umsetzung der Prinzipien der Integralen Wasserwirtschaft zu fördern (siehe z.B. die GWAusgabe 3/2009). Entsprechende Aktivitäten wurden von der Wasser-Agenda 21 und dem BAFU bereits an die Hand genommen: Aufbauend auf einer Analyse und Evaluation von IEM-Fallbeispielen [5] hat die Wasser-Agenda 21 die Thematik Integrales Einzugsgebietsmanagement als eines ihrer zentralen Handlungsfelder definiert. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe IEM eingesetzt, welche u.a. in einem Arbeitsprogramm die IEM-Akti-

vitäten für die Jahre 2009–2010 festgelegt hat: In einem ersten Schritt werden nun IEM-Leitlinien und ein Positionspapier verfasst, welche als Orientierungsrahmen für die weiteren vorgesehenen Aktivitäten dienen werden. Die darauf folgenden Schritte werden die Klärung des rechtlichen Handlungsspielraums, die Entwicklung einer Strategie zur Umsetzung und Förderung von IEM in der Schweiz sowie die Erarbeitung einer Wegleitung mit Hilfsmitteln zur Umsetzung umfassen.

5.3 Nationales Forschungsprogramm «Nachhaltige Wassernutzung» (NFP 61)

In den Jahren 2010–2013 werden die Forschungsprojekte des Nationalen Forschungsprogramms «Nachhaltige Wassernutzung» (NFP 61, www.nfp61.ch) durchgeführt werden. Dieses Programm ist dem Themenbereich der Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft sehr verwandt. Es beleuchtet aus Forschungssicht – insbesondere aus dem Blickwinkel von sich ständig ändernden natürlichen und gesellschaftlichen Systemen – die Thematik. Einerseits dienen daher die vorliegenden Resultate dem NFP61 als Input

und Grundlage. Andererseits werden auch die Ergebnisse des NFP61 die Weiterentwicklung der Schweizer Wasserwirtschaft unterstützen.

Die Ergebnisse aus den Thesen und der Umfrage enthalten auch für die Aktivitäten anderer Akteure der Schweizer Wasserwirtschaft (z.B. entsprechende Vorhaben in den Kantonen) Impulse, Grundlagen und nützliche Hinweise.

Referenzen

- [1] Eidg. Studienkommission «Aufgabenteilung Bund/Kantone im Bereich der Wasserwirtschaft»: Schlussbericht, 16.4.1980, Bern.
- [2] Vollenweider Stefan: Wasser-Agenda 21 – Zukunftsstrategien für die schweizerische Wasserwirtschaft. Gas-Wasser-Abwasser, 7/2006, 557–562.
- [3] Ernst Basler + Partner: Systemanalyse Wasserwirtschaft Schweiz. Expertenbericht im Auftrag des BAFU, 2007, Zollikon. www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz
- [4] Ernst Basler + Partner: Wasserwirtschaft Schweiz 2025 – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten. Expertenbericht im Auftrag BAFU und BaslerFonds, 2007, Zollikon. www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[5] Bonnard & Gardel: Beschreibung und Analyse von Fallbeispielen zum integralen Einzugsgebiets-Management (IEM). Expertenbericht im Auftrag des BAFU, 2007, Bern.

www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[6] Aschwanden Hugo, Pfaundler Martin, Vollenweider Stefan: Wasserwirtschaft Schweiz 2007 – Eine Auslegeordnung mit Thesen zur Weiterentwicklung. BAFU, 2007, Bern.

www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[7] Schaffner Monika, Pfaundler Martin, Aschwanden Hugo, Vollenweider Stefan: Auswertung der Umfrage zum Bericht «Wasserwirtschaft Schweiz 2007 – Eine Auslegeordnung mit Thesen zur Weiterentwicklung». BAFU, 2009, Bern. www.umwelt-schweiz.ch/wawi-schweiz

[8] Aschwanden Hugo, Pfaundler Martin: Einzugsgebietsmanagement und Integrale Wasserwirtschaft – Entwicklungen aus nationaler Sicht. Gas-Wasser-Abwasser, 6/2009, 163–171.

Anschrift des Verfassers

Monika Schaffner, Dr. phil nat., Sektion Gewässerbewirtschaftung, Eidg. Dept. für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Papiermühlestrasse 172, CH-3063 Ittigen
Tel. +41 31 324 76 40
monika.schaffner@bafu.admin.ch

15. Deutsches Talsperrensymposium vom 14. bis 16. April 2010 in Aachen

Vielfältiges Programm, aussergewöhnlicher Festabend und spannende Exkursionen

■ Conventus

Das Programm des 15. Deutschen Talsperrensymposiums, welches vom 14. bis 16. April 2010 im Eurogress Aachen stattfindet, steht nun fest und kann auf der Homepage unter www.conventus.de/dtk2010 eingesehen werden.

Mehr als ein Drittel der über 120 eingereichten Beiträge fand für einen mündlichen Vortrag im Plenum Berücksichtigung. Diese Beiträge werden in einem Themenheft der Fachzeitschrift «Wasserwirtschaft» veröffentlicht.

Darüber hinaus veröffentlicht das Institut für Wasserbau und Wasserwirtschaft (IWW) der RWTH Aachen mit finanzieller Unterstützung des Deutschen TalsperrenKomitees alle eingereichten

Beiträge in der Publikationsreihe «Mitteilungshefte des IWW».

Im Programm finden sich zahlreiche aktuelle Themen. So dürfen Berichte über interessante wasserbauliche Projekte aus dem In- und Ausland nicht fehlen – ebenso wenig wie das Neueste aus Forschung und Entwicklung. Zahlreiche Talsperrenbetreiber berichten von ihren Erfahrungen im Umgang mit den Herausforderungen eines sich stetig wandelnden Umfeldes. Nicht zuletzt nehmen auch die im Umbruch befindlichen Wege in die Berufsfelder rund um die Talsperrenbranche einen gewissen Raum ein. Die Technische Ausstellung, die anlässlich des Talsperrensymposiums stattfindet, sprengt alle bisherigen Dimen-

sionen. Mehr als 60 Firmen präsentieren sich in den Räumen des Aachener Eurogress. Eine konzentriertere und zugleich übersichtlichere Leistungsschau der Branche dürfte sich nur schwer finden lassen!

Das Vortragsprogramm des Symposiums wird ergänzt durch einen Festabend in aussergewöhnlichem Ambiente – im neuen Stadion TIVOLI Aachen – sowie eine ganztägige Exkursion zu wasserbaulichen Anlagen in der deutsch-belgischen Grenzregion.

Das gesamte Programm findet man auf der Kongresshomepage www.conventus.de/dtk2010.



Stauanlagen im Spannungsfeld von Umwelt und Gesellschaft

mit Exkursion zu den Stauanlagen Robiei und Zöt, Donnerstag/Freitag, 17./18. Juni 2010, Locarno

Die Arbeitsgruppe Talsperrenbeobachtung des Schweizerischen Talsperrenkomitees lädt zur Teilnahme an der Fachtagung 2010 nach Locarno ein. Die Tagung ist dem Thema «Stauanlagen im Spannungsfeld von Umwelt und Gesellschaft» gewidmet.

Der Betrieb der zahlreichen Stauanlagen in der Schweiz erfordert nicht nur spezifische Kenntnisse in den verschiedenen Bereichen des Wasserbaus. Die Veränderung des natürlichen Raumes, in welchem sich die Anlagen befinden, und die Nutzungsmöglichkeiten für Freizeit und Tourismus bedürfen ebenfalls der fortwährenden Aufmerksamkeit. Die Fachtagung 2010 widmet sich diesen Aspekten.

In einem ersten Block werden die Klimaeinflüsse und ihre Konsequenzen für die Nutzung der Wasserkraft im alpinen Raum behandelt. Unter anderem werden die Einflüsse auf das Potenzial der Wassernutzung, Veränderungen beim Permafrost, die Ablagerung von Sedimenten im Stauraum und Konsequenzen für Spülungen präsentiert und diskutiert. Im zweiten Block werden Erfahrungen mit Projekten für Tourismus und Freizeit aus Sicht der Kraftwerksbetreiber dargelegt.

Die Exkursion der Tagung führt uns zu den Stauanlagen Robiei und Zöt im Val Bavona. Auf der Exkursion wird gezeigt, wie die technischen Bedürfnisse eines Kraftwerksbetreibers in ein Erholungsgebiet integriert werden und wie ein solches touristisch attraktiv erschlossen wird.

Die «Arbeitsgruppe Talsperrenbeobachtung» freut sich auf eine rege Teilnahme der Fachwelt und aller, die an Talsperren interessiert sind.

Organisation: Arbeitsgruppe Talsperrenbeobachtung
c/o Bundesamt für Energie, Sektion Talsperren, Postfach
CH-3003 Bern, talsperren@bfe.admin.ch
Fax +41 (0)31 323 25 10

Les ouvrages d'accumulation entre environnement et société

avec visite des barrages de Robiei et Zöt, Jeudi/vendredi 17/18 juin 2010, à Locarno

Le groupe de travail pour l'observation des barrages du Comité suisse des barrages a le plaisir de vous inviter aux journées d'étude 2010, à Locarno, ayant pour thème: les ouvrages d'accumulation entre environnement et société.

L'exploitation des nombreux ouvrages d'accumulation du pays nécessite non seulement la maîtrise de la construction hydraulique, mais exige également une attention soutenue des changements du milieu naturel dans lequel ces ouvrages sont implantés ainsi que du développement des activités touristiques et récréatives. Les journées d'étude 2010 se consacrent à l'analyse de la place et du rôle de tels ouvrages.

La première partie des exposés portera sur les influences climatiques quant aux conséquences engendrées sur l'utilisation de la force hydraulique dans les régions alpines. Les effets sur le potentiel d'utilisation de l'eau, les modifications du permafrost, l'accumulation de sédiments dans l'aire de retenue et les conséquences pour les curages seront notamment présentés et discutés. Dans un deuxième temps, la vision des exploitants sera exposée quant aux réalisations de projets touristiques et récréatifs.

L'excursion nous conduira aux barrages de Robiei et Zöt dans le Val Bavona, où une méthodologie visant à intégrer les exigences techniques d'un exploitant à une région touristique donnée sera présentée. Il sera possible de constater comment une zone peut être désenclavée et rendue attractive sur le plan touristique.

Nous nous réjouissons d'une participation nombreuse des professionnels et de toutes les personnes s'intéressant aux barrages.

Organisation: Groupe de travail pour l'observation des barrages
c/o Office fédéral de l'énergie, Section Barrages, Case postale
CH-3003 Berne, talsperren@bfe.admin.ch
fax +41 (0)31 323 25 10



Robiei



Zöt